

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Unternehmen entlasten, Bürokratie abbauen - Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge korrigieren

Rede vom 23. Januar 2014, 27. Sitzung, Tagesordnungspunkt 21
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP finden Sie in der Drucksache [17/919](#).
Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr können Sie in der Drucksache [17/967](#) nachlesen.

Weitere Redner waren:

Rainer Fredermann (CDU), Maaret Westphely (GRÜNE), Mustafa Erkan (SPD), Karl-Heinz Bley (CDU), Gerd Ludwig Will (SPD) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

[...] Nun hat für die FDP-Fraktion Frau Kollegin König das Wort. Bitte!

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Krisenzeiten greift ein jeder nach außergewöhnlichen Methoden. Als die Sozialkassen in den Zeiten hoher Arbeitslosigkeit noch leer waren, bediente man sich dieses Vorgriffs auf die Sozialabgaben bei den Unternehmen, um einmalig - ein einziges Mal - in einem Jahr anstelle von zwölf Teilzahlungen 13 zu verbuchen, wobei letztlich auch finanzielle Mittel dahinter standen. Diese Anleihe hat einen Liquiditätsentzug von 20 Milliarden Euro bewirkt, den die Unternehmen auffangen mussten. Das ist für die größte Anzahl der zumeist mittelständisch geprägten Unternehmen kein Pappentwurf, die das von Rot-Grün im Jahre 2005 schlucken und dann gleich in 2006 umsetzen mussten. Das ist schon unter Rot-Grün beschlossen worden, aber umgesetzt wurde es dann erst in 2006.

Was nach diesem sehr problematischen Vorgriff in die Kassen geblieben ist, sind - wie Herr Fredermann richtig gesagt hat - monatliche Bürokratiekosten, die allein hier bei uns tatsächlich 15 Millionen Euro betragen. Man schätzte vor ein paar Jahren sogar 1,2 Milliarden Euro im Bund. Das ist eine Menge. Das ist eine richtige Menge für kleine mittelständische Unternehmen, die das mal eben finanzieren müssen.

Dass diese Belastung für Sie keine Relevanz hat, ist schon grotesk. Wer anfangs abkassierte, sollte wenigstens die Größe haben, den Schaden hinterher so gering wie möglich zu halten. Aber wie gehen Sie tatsächlich mit unseren Unternehmen, mit den Leistungsträgern unserer Gesellschaft, um? Wer soll da denn noch Vertrauen in Politik haben?

Diese Art des Umgangs ist ein Schlag ins Gesicht. Vor dem Hintergrund gut gefüllter Kassen lässt sie darauf schließen, dass hier nur der Wille zum Abzocken vorherrschte, nicht aber der Wille zur Teilnahme und zum Vertrauen in Solidarität. Eher kommen zu Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer, Einkommensteuer, Zinsabschlagsteuer, Abgaben zu Berufsgenossenschaften, Kammerbeiträgen, Solidaritätszuschlag usw. usf. noch weitere Steuer- und Abgabenwünsche von Ihnen hinzu. Damit halten Sie die gebeutelten Unternehmen zunehmend von ihrer originären Aufgabe ab, sich mit einem Produkt am Markt zu behaupten, was sie letztendlich benötigen.

Da kann es doch nicht sehr verwundern, wenn die Unternehmen zunehmend das Weite suchen, wie z. B. die Lear Corporation in Osnabrück oder Bosch in Hildesheim. Irgendwann bricht auch der stärkste Krug, wenn er zum Brunnen getragen wird.

Vergessen Sie bitte nicht: Es ist nicht eine planwirtschaftliche, staatliche Ausrichtung, die der Wirtschaft Kraft gegeben hat und uns den Erfolg, den wir im Moment überall, nicht nur hier in Niedersachsen, haben, beschert. Es waren bürokratiearme, unkonventionelle und klar strukturierte Rahmenbedingungen, die bislang eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft hervorgerufen haben. Vertrauen, klar definierte Strukturen und Schaffensfreiheit - das ist die soziale Marktwirtschaft.

Geben Sie der Wirtschaft diese Stärke zurück, anstatt sie weiterhin zu gängeln! Entfesseln Sie die Unternehmen von der Bürokratie! Stimmen Sie der Rücknahme der doppelten Bearbeitung der Buchführung bei den Sozialabgaben zu! Denn die Gebeutelten sind letztendlich wirklich die kleinen Unternehmen, auch Handwerksunternehmen mit nur wenigen Mitarbeitern, in denen teilweise die Frauen die Buchhaltung machen und teilweise die Steuerberater mit eingreifen müssen, wofür die Unternehmen dann Geld bezahlen müssen. Die großen Unternehmen haben damit keine Probleme. Aber die kleinen und mittleren Unternehmen haben es schwer. Genau die wollen wir entlasten und niemanden sonst. Es ist an der Zeit, das jetzt und hier zu beschließen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

[...] Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/919 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Dem Antrag wurde nicht gefolgt.